

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849**

3.5.1849 (No. 104)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 3. Mai.

N. 104.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einsendungsgebühr: die gespaltene Petitzeile ober deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14., wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

## Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 1. Mai. Die Sitzung beginnt wieder mit Austrittsanzeigen von Abgeordneten.

Es wird eine Zwischenfrage verlesen, dahin lautend, ob dem Reichsministerium bekannt sey, daß das Olmüzer Kabinett Hilfe deutscher Reichstruppen zu Bekämpfung der Ungarn begehrt habe. Der Kriegsminister verspricht, an einem der nächsten Tage zu antworten.

Uebergang zur Tagesordnung, d. h. 1) zu Beratung des von Degenkolb im Namen des volkswirtschaftlichen Ausschusses erstatteten Berichts über Bittschriften von Webern und Spinnern.

Degenkolb erhält das Wort, spricht sein Bedauern darüber aus, daß ein so hochwichtiger Gegenstand zu einer Zeit berathen werde, wo Niemand mehr solchen Fragen Aufmerksamkeit widmet, und rügt in schneidenden Worten die Gleichgültigkeit der Regierung bis 1848 die Industrie behandelt worden. Er, sämmtliche von Webern und Spinnern eingelaufene Bittschriften dem Reichs-Handelsministerium zu geeigneter Berücksichtigung zu überreichen.

Die Mehrheit der Versammlung entspricht sofort dem Antrage des Redners.

Eben so schnell wird der zweite Gegenstand heutiger Beratung, der von Schrenk im Namen des Ausschusses für Geschäftsordnung erstattete Bericht, bejahend erledigt.

Gleiches Schicksal haben die von Reden und Degenkolb über die Verhältnisse der Tuchmacherei, der Weser-Schiffahrt, der Flößerei auf der Saale, der Branerei in Schlesien, der Gleichheit in Besteuerung beweglichen und unbeweglichen Eigenthums erstatteten Berichte. Niemand meldet sich zum Worte und die von den Rednern der Ausschüsse gemachten Vorschläge erlangen ohne Erörterung die Mehrheit.

Der letzte Punkt heutiger Tagesordnung, der Bericht Fröbel's über Nichtanerkennung des Aktes, durch welchen die österreichische Regierung ihre Deputirten zurückgerufen hat, wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Degenkolb verlangt, daß der Entwurf des Gesetzes über Gewerbeordnung auf eine der nächsten Tagesordnungen gestellt werde. Moriz Wohl warnt davor, einen so „brennenden“ Gegenstand gerade jetzt vorzunehmen.

Ein Abgeordneter der Linken fragt an, wann denn einmal der über die „Ermordung“ Blum's längst geforderte Bericht werde erstattet werden. Festige Reden hin und her. Ergebnis: keines.

Die Sitzung schließt vor 11 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag. Der Reichstag gleicht einem Kranken, der in den letzten Zügen liegt.

## Die preussische Note.

Nachdem wir gestern die Schlussstellen der neuesten preussischen Erklärung mitgetheilt, lassen wir nachstehend die Ergänzung folgen:

„Als Sr. Maj. dem Könige durch die Deputation der deutschen Nationalversammlung am 3. d. M. die Botschaft von der auf ihn gefallenen Wahl zum deutschen Kaiser überbracht wurde, sprach Sr. Maj. im Gefühle der hohen Bedeutung des Augenblicks für die ganze Zukunft Deutschlands, feierlich aus, daß Er in dem an Ihn ergangenen Rufe die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes erkenne und den Werth des Ihm durch dieses Vertrauen gewordenen Anrechts zu schätzen wisse, daß Er aber ohne das freie Einverständnis der Fürsten und der freien Städte Deutschlands eine Entscheidung nicht fassen könne, welche für sie und die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben müsse.“

Dieser Antwort des Königs gemäß, hat die Regierung Sr. Maj. an demselben Tage an sämmtliche deutsche Regierungen die Einladung ergehen lassen, sich offen und umfassend über ihre Absichten und Wünsche auszusprechen.

Sie hat dieselben um bestimmte Erklärungen, sowohl über die Sr. Maj. zugeordnete Stellung, als über die ganze aus den Beratungen der Nationalversammlung hervorgegangene Verfassung er sucht; sie hat es dabei nicht verhehlt, daß sie selbst diese eben erst durch rasche Beschlüsse zur Vollendung gelangte Verfassung einer reiflichen Prüfung und gründlichen Erwägung unterziehen müsse, ehe sie dem Könige ihren Rath über die Annahme derselben vorlegen dürfe.

Indem die k. Regierung diesen Weg einschlug, ist sie den Grundsätzen treu geblieben, welche sie von Anfang an für ihr Verfahren in der großen Angelegenheit der Neugestaltung der deutschen Verfassung sich vorgezeichnet hatte, und welche sie eben so offen und klar ausgesprochen, als mit ernster und aufrichtiger Konsequenz festgehalten zu haben sich bewußt ist.

Diese Grundsätze sind in der Note vom 23. Januar d. J. niedergelegt. Sie beruhen auf der gewissenhaften Achtung aller Rechte der Regierungen, wie der Nationalversammlung, und auf der tiefgewurzelten Ueberzeugung, daß es vorzugsweise Preußens Verus sey, auf dem Wege des Rechts und Friedens auf die von der Nation geforderte Einheit, Freiheit, und Macht Deutschlands hinzuwirken. Aus dieser nie verleugneten Ueberzeugung ging die Erklärung hervor, daß die Verfassung Deutschlands nur auf dem Wege der

Verständigung zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung festgestellt werden müsse, und der Entschluß, zu dieser Verständigung selbst die Initiative zu ergreifen. Indem Preußen sich bereit zeigte, alle im Interesse der Gesamtheit von ihm zu verlangenden Dienste dem deutschen Vaterlande, auch mit eigenen Opfern, zu erweisen, und zugleich den festen Entschluß aussprach, keine ihm angebotene Stellung anzunehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen, durfte es als Lohn für seine uneigennütigen Bestrebungen hoffen, daß durch ein einträchtiges Zusammenwirken der Regierungen das große Werk der deutschen Verfassung zu Stande kommen werde.

Die k. Regierung betrat daher mit Vertrauen und Zuversicht diesen Weg der Verständigung, auf welchem die Mehrzahl der übrigen Staaten sich ihr mit demselben Vertrauen angeschlossen. Sie erkannte das aus den Beratungen der Nationalversammlung in erster Lesung hervorgegangene Werk seiner vollen Bedeutung nach an, indem sie die Ueberzeugung aussprach, daß der Entwurf im Wesentlichen die Grundlagen eines kräftigen und den Anforderungen der Zeit gemäß gestalteten Bundesstaates enthalte; sie mußte aber nach gewissenhafter Prüfung desselben auch erklären, daß sie Abänderungen desselben für nothwendig und zum Heile des Ganzen, wie der Einzelnen, erforderlich halte. Die Gesichtspunkte, von welchen sie bei diesen Abänderungsvorschlägen ausging, sind in der Instruktion vom 16. Febr. dahin ausgesprochen, daß es darauf ankomme:

- 1) die Kompetenz der Bundesgewalt genauer zu begründen, innerhalb dieser Kompetenz aber ihr eine kräftige Handhabung zu sichern;
- 2) die Existenz der Einzelstaaten als selbständiger Organismen möglichst zu wahren und sie nicht weiter zu beschränken, als zur Erreichung der wesentlichen Bedingungen des Bundesstaates nothwendig sey.

Diese Gesichtspunkte waren nicht auf das augenblickliche Bedürfnis berechnet, sondern liegen so wesentlich in der Natur der Sache und der eigenthümlichen Verhältnisse Deutschlands, daß die k. Regierung dieselben unter allen Umständen festhalten mußte und davon nicht abgehen konnte, ohne die Gesamtentwicklung Deutschlands auf das ernstlichste zu bedrohen. Eine Verfassung, welche diese Grundlagen beseitigte, könnte Deutschland nicht zum Heile erreichen.

Die meisten deutschen Regierungen schlossen sich den Abänderungsvorschlägen Preußens an, welche sich auf Dasjenige beschränkten, was aus den oben aufgestellten Grundsätzen mit unabweisbarer Nothwendigkeit hervorging; andere haben besondere Vorschläge an das Reichsministerium gelangen lassen, welche aber im Wesentlichen von denselben Gesichtspunkten ausgingen.

Die Regierungen gaben diese Anträge der Nationalversammlung hin, in dem Vertrauen, daß dieselbe sie einer eingehenden, gründlichen Beratung und Berücksichtigung würdigen werde. Wir können noch jetzt die Ansicht nicht aufgeben, daß, wenn Dies in der erwarteten Weise geschehen wäre, eine Verständigung würde zu erzielen gewesen seyn.

Es hätte alsdann aus der gemeinsamen Arbeit der Nationalversammlung und der Regierungen der Bau einer Verfassung hervorgehen können, unter deren Schutz alle deutschen Stämme einer gemeinsamen, tüchtigen Entwicklung entgegengegangen wären. Und wenn einzelne deutsche Staaten noch durch ihre eigenthümlichen Verhältnisse an der Theilnahme daran verhindert worden wären, so hätte sich doch durch die Mitwirkung der Nationalversammlung und eine redliche Verständigung der Regierungen unter einander auch innerhalb des großen, beschiedenen, und unter allen Umständen heilig zu achtenden Bundes eine engere Gemeinschaft bilden können, welche denen, die sich ihr angeschlossen, die Gelegenheit und die Bedingungen zu einer kräftigeren Entfaltung nach innen und außen dargeboten hätte.

Preußen hatte nach der einen wie nach der andern Seite hin gethan, was an ihm war, um die Verständigung herbeizuführen. Es wartete mit Ruhe und Vertrauen die Beschlüsse der Nationalversammlung ab; es hat nicht versucht, irgendwelchen weitem Einfluß auf ihre Beratungen auszuüben, sondern dem Patriotismus und der Weisheit der Vertreter des deutschen Volkes vertraut. Die k. Regierung hielt an dem eingeschlagenen Gange ihrer Politik um so freudiger fest, als die allgemeine Stimme des preussischen Volkes sich auf unzweideutige Weise damit einverstanden erklärt hatte.

In dieser Stellung fand sich die k. Regierung, stark durch die Loyalität und die Treue, mit der sie an den von ihr selbst aufgestellten Grundsätzen des Rechts und der Versöhnung festhielt, als die Beschlüsse der Nationalversammlung über die zweite Lesung der Verfassung und die Wahl Sr. Maj. des Königs erfolgten.

Diese Beschlüsse bewiesen, daß die Nationalversammlung auf den von uns dargebotenen Weg der Verständigung nicht eingegangen war. Die Vorschläge der k. Regierung, so wie die der übrigen, waren gar keiner Beratung im Schooße derselben unterzogen; sie hatten selbst nicht in dem Maße, wie sie durch den vorbereitenden Ausschuss aufgenommen waren, bei der Versammlung selbst Berücksichtigung gefunden; dagegen waren wesentliche Bestimmungen des früheren Ent-

wurfs in beider Beschlüssen weggefallen, andere aufgenommen, welche dem ganzen Werk einen durchaus neuen Charakter verliehen. Als der Schlussstein dieses neuen Werks war die Wahl Sr. Maj. des Königs zum Kaiser vorgenommen, und das so vollendete Ganze als ein unantastbarer Organismus zur Annahme hingestellt, und Sr. Maj. dem Könige dargeboten.

Die k. Regierung mußte sich in diesem ersten Augenblick die Frage vorlegen: ob sie dadurch sich veranlaßt fühlen dürfe, auch ihrerseits von dem bisherigen Wege abzuweichen und dem König zu einer unbedingten Annahme des Dargebotenen zu raten?

Sie hat diese Frage nach Pflicht und Gewissen beantwortet.

Der Weg, den sie hätte verlassen sollen, war der Weg des Rechtes und des Friedens, der Konsequenz und der Treue. Se. Maj. der König selbst haben keinen Augenblick daran zweifeln können, daß auf diesem Wege allein für Deutschland, für Preußen, für Ihn selber und sein Haus Heil und Ehre zu finden sey. Diesen Standpunkt haben daher auch die Antwort des Königs an die Deputation und das Zirkular der k. Regierung von demselben Tage offen und aufrichtig festgehalten.

Von eben diesem Standpunkte aus sieht Se. Maj. der König erst jetzt, nachdem die durch jenes Zirkular erbetenen Erklärungen der verbündeten Regierungen erfolgt, und unsererseits die Bestimmungen der in zweiter Lesung beschlossenen Verfassung nach der gründlichsten und sorgsamsten Erwägung unterzogen worden sind, sich in der Lage, seinen definitiven Entschluß über den an Ihn ergangenen Ruf der Nationalversammlung auszusprechen.

Die Erklärungen der deutschen Fürsten und Regierungen haben gezeigt, wie weit die Ansichten, namentlich in der Oberhauptfrage, auseinandergehen, und wie wenig Hoffnung auf Erzielung eines umfassenden Einverständnisses vorhanden war. Während einzelne Fürsten mit einem Vertrauen, welches Se. Maj. nur mit hoher Genugthuung anerkennen kann, den Wunsch ausgesprochen haben, der König möge die dargebotene Krone annehmen, haben andere in der Errichtung eines erblichen Kaiserthums selbst die größte Gefahr für Deutschland erblickt, und ihre Abneigung ober ihren festen Entschluß ausgesprochen, einem andern deutschen Fürsten als Kaiser sich nicht unterzuordnen. Die bedeutendsten deutschen Regierungen haben die Verfassung in der Form, wie sie vorliegt, nicht annehmen zu können erklärt.

Dagegen hat eine große Anzahl deutscher Regierungen die Bedenken, welche sie früher mit uns getheilt, jetzt um der Dringlichkeit der Umstände willen aufgeben zu müssen geglaubt, und noch ehe wir die Beratungen mit ihnen eröffnen konnten, sich gegen das Reichsministerium dahin erklärt, daß sie die Verfassung unbedingt anzunehmen und Veränderungen derselben nur auf dem in ihr selbst bestimmten Wege zuzulassen bereit seyen. Sie sind dabei von der durch den Erfolg nicht befähigten Voraussetzung ausgegangen, daß dieselbe durch den Beitritt der übrigen Staaten in ganz Deutschland wirklich zur Geltung kommen werde.“

(Hieran reiht sich sodann der gestern mitgetheilte Schluss der Note.)

## Deutschland.

Karlsruhe, 2. Mai. Tagesordnung der Ersten Kammer auf Freitag den 4. Mai, Morgens 9 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Mündlicher Bericht in Betreff des Gesekentwurfs über das Verfahren bei den Amtsgerichten. (Frhr. v. Müdt.) 3) Diskussion des Berichts des Frhrn. v. Müdt über den Gesekentwurf, das Notariat betreffend.

Karlsruhe. (Berichtigung.) Die Mittheilung in dem Berichte vom 28. April über die 176. Sitzung der Zweiten Kammer aus der Rede des Abg. Schaaff, den Staatszuschuß zum Mannheimer Hoftheater betreffend, ist mit Folgendem zu berichtigen:

Derselbe spricht für die Bewilligung der beanstandeten 8000 fl., ohne welche diese Kunstanstalt auch bei der besten Verwaltung nicht bestehen könne, was er durch die Positionen des Budgets des Theaters nachweist. Der Stadt, welche bereits 31,500 fl. auf die Anstalt verwende, könne ein Mehreres nicht zugemuthet werden. Der Werth der Hofloge werde durch freiwillige Beiträge der Frau Großherzogin Stephanie weitens ersetzt, und es sey ein großer Irrthum, wenn man glaube, jene 8000 fl. seyen der Ersatz für diese Loge. Der Domänenfiskus, als Eigentümer des Theatergebäudes, unterhalte solches zwar in Dach und Fach, beziehe dagegen auch den Miethzins von den Räumen, welche nicht für die Kunstanstalt in Anspruch genommen seyen; nur der Ertrag der Restauration und des Ballsaales fließe in die Theaterkasse.

Karlsruhe, 1. Mai. (177. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des zweiten Vizepräsidenten Baum.)

Nach Uebergabe einiger Petitionen sieht sich Zell, auf die letzte Sitzung zurückkommend, zu der Erklärung veranlaßt, daß er bei den dortigen Verhandlungen über die Note

der badischen Regierung vom 11. v. M. sich der Abstimmung enthalten habe (Zell war während derselben im Saale nicht anwesend), weil er zwar mit dem ersten Theile des Kommissionsantrages, nämlich mit der Billigung des in jener Note enthaltenen Schlusssatzes einverstanden war, nicht aber auch mit dem im zweiten Theile der Regierung für die Zukunft vorgezeichneten Wege, so daß er also hinsichtlich des ungetheilten Gesamtantrages weder dafür, noch dagegen stimmen konnte.

Hierauf wird die Berathung über Dennig's Kommissionsbericht, das Budget des Ministeriums des Innern betreffend, fortgesetzt und zunächst in Beziehung auf den in letzter Sitzung an die Kommission zurückgewiesenen Posten von 8000 fl. für das Hoftheater zu Mannheim nachgewiesen, daß jener Zuschuß zur Erhaltung der Anstalt notwendig und keineswegs als Ersatz für die Hofloge zu betrachten sey, indem der Werth der letzteren durch freiwillige Unterstützung von Seite der verwittweten Großherzogin Stephanie bei weitem aufgewogen werde.

Nach dieser Aufklärung bewilligte die Kammer die verlangten Summen, dem Antrag ihrer Kommission gemäß.

Tit. XVII. Siechenhaus. Hier fordert die Regierung an Staatsaufwand 40,712 fl., während die Kommission nur 37,712 fl. zur Bewilligung beantragt, beziehungsweise an Verpflegungskosten mit 19,400 fl. die Summe von 3000 fl. gestrichen wissen will.

Hergt bringt bei diesem Anlasse das räumliche Verhältniß dieser Anstalt zur Sprache, welches so beschränkt sey, daß viele für das Siechenhaus geeignete Kranke einweisen zu Illenau zurückhalten werden müssen, und stellt an die Regierungsbank die Frage, ob und auf welche Abhilfe dieses Uebelstandes schon gedacht worden? Ministerialrath Cron: Der Regierung sey dieser Mißstand nicht entgangen; auch glaube sie denselben beseitigen zu können, wenn sie die mit der Siechenanstalt verbundene polizeiliche Verwahranstalt einweisen in das Zuchthaus nach Mannheim verlege und die Anordnung treffe, daß jene Kranke, welche Illenau abgeben wolle, vor Andern berücksichtigt, beziehungsweise aufgenommen würden. Aber noch in diesem Jahr eine Aenderung zu treffen, sey kaum mehr möglich. Hergt beruhigt sich mit dieser Auskunft und wünscht den baldigsten Vollzug, damit nicht die Anstalt in Illenau wegen Mangel an Räumlichkeit geschlossen werden müsse, was von großem Nachtheil wäre.

Nettig protestirt gegen eine Bevorzugung der Illenauer Kranken vor den übrigen, und fordert die Regierung auf, sich nicht nur im Rheinthal, sondern auch noch an anderen Orten im Lande, z. B. in Hüdingen und dem Seekreise umzusehen, ob dort nicht Gebäulichkeiten zur Unterbringung einer polizeilichen Verwahranstalt aufgefunden, und ein Theil der Staatsausgaben dort verwendet werden könne.

Da ein besonderer Antrag nicht gestellt worden, so stimmt die Kammer nur über jenen der Kommission ab und tritt demselben bei.

Tit. XVIII. Heil- und Pflanzanstalt Illenau. Hierfür werden jährlich 113,879 fl. gefordert, und von der Kommission zur Genehmigung beantragt 111,279 fl. Letztere will nämlich gestrichen haben: a) An dem Aufwande für Gebäude und Grundstücke 1500 fl. b) Für einen Oberwärter und eine Oberwärterin 800 fl. c) Für einen Defopisten 300 fl.

Hergt, unterstützt durch Fauth, beantragt die Bewilligung der beiden letzten Posten; auch spricht sich Ministerialrath Cron dafür aus, während Blankenhorn und Schmitt nebst dem Berichterstatter den Kommissionsantrag vertheidigen; dieser wird von der Kammer angenommen.

Tit. XIX. Allgemeines Arbeitshaus. Die Regierungsforderung beträgt 22,626 fl., während die Kommission nur 21,626 fl. zur Bewilligung beantragt, beziehungsweise 1000 fl. an den auf 10,000 fl. veranschlagten Verpflegungskosten streicht. Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen.

Tit. XX. Wasser- und Straßenbau. Die Regierung fordert 1,115,882 fl., während die Kommission an den ständigen Gehalten 630 fl., an Besoldungen 250 fl., und an Gehalten der Zentralverwaltung 183 fl. streicht, und sonach nur noch 1,114,819 fl. zur Bewilligung beantragt.

Eben so verlangt sie die Vorlage eines entsprechenden Straßengesetzes auf dem nächsten Landtage, allmähliche Rektifikation des Rheinstrom-Bettes, und Benützung oder Verwerthung der durch die Uferbauten und Rektifikationen herbeigeführten Anschwemmungen durch den Staat, statt deren Abgabe an die Gemeinden, und endlich die Unterlassung neuer Anstellungen mit Staatsdiener-Eigenschaft bei den hieher bezüglichen Bezirksverwaltungen.

Ulrich glaubt, man sollte den Dienst der Straßenwarte, der einen Gehalt von 7- bis 800 fl. abwerfe, den Ingenieurpraktikanten übertragen, und erhält durch Staatsrath Brunner zur Antwort, daß Dies keinem Anstand unterliege; nur habe sich bis jetzt kein Praktikant um einen solchen Dienst gemeldet. Schmitt spricht sich für Blankenhorn und Fauth aber gegen Ulrich's Ansicht aus; auch unterstützt Fauth den Kommissionsantrag, in so weit solcher die Vorlage eines Straßengesetzes verlangt, und bemerkt ferner, daß man an der Position für Straßenunterhaltung nicht sparen solle, indem durch eine alsbaldige Nachhilfe bedeutendere Reparaturen erspart werden können.

Schaaff ist mit dem Begehren auf Vorlage eines Straßengesetzes ebenfalls einverstanden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß da, wo noch Staatsstraßen notwendig sind, solche auch noch auf Staatskosten hergestellt und durch das neue Gesetz nicht den einzelnen Gemeinden oder Bezirken zugewiesen werden, was sonst in Beziehung auf andere Landestheile, wo die Straßen schon hergestellt sind, eine Ungleichheit herbeiführen würde.

Nettig: Man müsse gleich jetzt Etwas thun und nicht erst die Vorlage eines neuen Straßengesetzes abwarten; er

stelle daher den Antrag: die Regierung zu bitten, vom 1. Juli d. J. an die Bergstraße von Heidelberg bis Schlien gen aus dem Staatsstraßen-Verband herauszunehmen und den betreffenden Gemeinden zur ferneren Unterhaltung zu überlassen, jedoch mit Ausnahme derjenigen Strecken, welche als Fortsetzung von Landstraßen, die auf die Eisenbahn einmünden, gelten. Der Redner fährt aus, daß durch die Eisenbahn, sodann durch die das Rheinthal durchziehende Rheinstraße und Wasserstraße die Bergstraße so an Frequenz verloren habe, daß dieselbe füglich den Gemeinden als Vizinalstraße zugewiesen werden könne.

Zentner unterstützt Nettig's Antrag in so fern, als die Regierung ersucht werden solle, denselben einer näheren Erwägung zu unterziehen. Blankenhorn spricht in demselben Sinne und verweist auf das Oberland, wo diese Straße noch sehr stark, besonders mit Weingärten, befahren werde, so wie auf andere Straßen im Lande, bei welchen derselbe Antrag gestellt werden könnte.

Nachdem noch Böhme und Arnspurger Nettig's Antrag unterstützt, und der Berichterstatter sich in demselben Sinne wie Blankenhorn ausgesprochen, geben Staatsrath Brunner und Ministerialrath Cron die Zustimmung, daß bei dem Entwurfe des neuen Straßengesetzes den hier ausgesprochenen Wünschen die erforderliche Rücksicht getragen werden solle; worauf Nettig's Antrag verworfen wurde, während die Kammer den der Kommission annahm.

Auch über die Frage, wem bei Rheinbauten und Rheinrekifikationen das verlassene Fugtheil und die dadurch bewirkten Anschwemmungen gehören sollen, fanden zwischen Zentner, Schaaff, Fauth, Schmitt, Arnspurger, und der Regierungskommission einige Erörterungen statt, die jedoch kein von dem befalligen Kommissionsantrage abweichendes Ergebnis lieferten.

Tit. XXI. Landesgestüt. Dafür fordert die Regierung 38,196 fl., welche zu bewilligen die Kommission keinen Anstand nimmt, daran aber folgende Bemerkungen und Anträge knüpft:

Durch früheren Kammerbeschluß sey ausgesprochen worden, daß die Landesgestüts-Anstalt in der bisherigen Weise fortzubestehen habe, bis die Kreisversammlungen sich darüber ausgesprochen; es müßten daher, da auch die Regierung keine andere Absicht habe, durch die Kammer die Bedingungen näher bezeichnet werden, über welche die Kreisversammlungen sich aussprechen sollen, und von deren Annahme oder Nichtannahme der Fortbestand der Gestütsanstalt abhängig zu machen ist. Als solche schlägt die Kommission vor:

- 1) daß die Bestellungen für die Gestütshengste längstens bis zum 1. September d. J. eingereicht seyn müssen und für die Gemeinden oder Bezirke, die sie machen, für die Budgetperiode 1850 oder 1851 verbindlich sind;
- 2) daß nie weniger als zwei Gestütshengste auf die Beschälstation abgegeben werden;
- 3) daß für jeden Gestütshengst, der zur Beschälzeit auf die Station gebracht wird, von den Bestellern ein jährlicher Kostendeckungsbeitrag von 120 fl. an das Landesgestüt geleistet werde, welches dagegen keine Sprunggelber mehr zu fordern hat.

Außerdem stellt die Kommission den weiteren Antrag: die Kammer wolle den Wunsch aussprechen, daß, im Falle nur eine geringere Anzahl Beschäler bis zum 1. Oktober d. J. bestellt werden sollte, als noch vorhanden sind, die überflüssigen Hengste öffentlich versteigert, und wenn die Bestellung nicht wenigstens auf 30 Hengste sich belaufe, die Anstalt sofort gänzlich aufgehoben werde.

Da von Seite der Regierungsbank gegen diesen Antrag und gegen die ihm vorangeschickten Bedingungen so wenig, als von einzelnen Kammermitgliedern Anstände erhoben werden, so stimmt die Kammer, nachdem Ulrich noch ein Verzeichniß verlesen hatte, woraus hervorgeht, daß die Anmeldungen bei der Gestütsanstalt in diesem Frühjahr viel zahlreicher als früher gewesen, denselben bei, und bewilligt die geforderte Position.

Letzteres war auch bei Tit. XXII, verschiedene und zufällige Ausgaben, ohne weitere Diskussion der Fall.

Damit ist das Budget des Ministeriums des Innern erledigt, und der Präsident schließt die Sitzung.

Nächste öffentliche Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Diskussion über v. Stochorn's Bericht, die revidirte Strafprozessordnung betreffend. Berathung des durch Schmitt erstatteten Berichtes über das außerordentliche Budget des Justizministeriums und des Berichtes von Hildebrand in Betreff der den Bezirken zugewiesenen Rechtspolizei-Geschäfte. Endlich Hildebrand's Berichterstattung über den Gesetzentwurf, wegen Verzinsung des Staatszuschusses zur Zehntablösung.

Wannheim, 30. April. (Schw. M.) Die gestern in der Rheinpfalz abgehaltenen Volksversammlungen sind nicht ohne bedeutende Unordnungen abgelaufen; so wenigstens in Dggersheim und Eppstein.

Wie man hier erfährt, wurde in letzterem Ort ein Redner aus Frankenthal von einem Theile der Bauern in seiner Rede gröblich unterbrochen; man hat auf die Frankenthaler mit Prügelein und Sensen eingehauen, und es fielen schwere Verwundungen vor. Die Flüchtigen ließen in Frankenthal Generalmarisch schlagen, und die Bürgerwehr rückte bewaffnet und im Sturm in Eppstein ein. Vorübergehende Reisende hörten Abends ein bedeutendes Getöse in dem Orte und Schüsse fallen. Es sollen Häuserzerstörungen stattgehabt und andere Unordnungen vorgefallen seyn.

In ähnlicher Weise ging es auch in Dggersheim zu. Man ist nun sehr gespannt auf die Folgen dieser Ausbrüche und glaubt an eine Erklärung des Kriegszustandes. Die Aufregung hat in der ganzen Pfalz einen ernstlichen und bedrohlichen Charakter angenommen. Bis Mittwoch wird eine allgemeine Volksversammlung des Kreises in Kaiserslautern stattfinden.

Stuttgart. Der Schwäbische Merkur vom 1. Mai bringt folgende Kundmachung:

Das mit großer Einnützigkeit kundgegebene Verlangen des württembergischen Volkes, daß die ganze deutsche Reichsverfassung von der Staatsregierung sofort möge anerkannt werden, ist durch die Entschlossenung Sr. Maj. des Königs vom 25. d. M. erfüllt worden. Nachdem nun dieser für die Einheit, Freiheit, und Größe Deutschlands förderliche Schritt geschahen, wenden sich die Unterzeichneten, die sich bewußt sind, nach bester Einsicht und gewissenhafter Ueberzeugung gehandelt zu haben, an ihre Mitbürger mit der ersten und dringenden Mahnung, nunmehr ihrerseits dahin zu wirken, daß das Volk eben so, wie durch lebhaftes Empfindlichkeit für die große Sache des Vaterlandes, auch durch treue Festhalten an Gerechtigkeit und Recht sich ehre. Mit Bedauern, aber — wo es ihm Pflicht und Ueberzeugung geböte — ohne Zögerung und mit aller Festigkeit würde das Ministerium ungeseligen Bestrebungen entgegenzutreten, welche, hervorgegangen etwa aus dem Wahne, die Freiheit über die Grenzen der Landes- und der Reichsverfassung hinaus auf geschwundene und gewaltsame Weise erweitern zu dürfen, die wahre Freiheit nur beeinträchtigen, die gesunde Entwicklung stören, das Vertrauen untergraben, den Wohlstand des Landes zerrütten müßten.

Darauf glauben die Unterzeichneten das württembergische Volk noch besonders aufmerksam machen zu müssen, wie die Ereignisse der neuesten Zeit hinlänglich gezeigt haben, daß sich der vernünftige Volkswille auch in der konstitutionellen Monarchie verwickeln lasse. Eben deshalb aber machen die Gegner derselben eine falsche Rechnung, wenn sie meinen, die bewaffnete Macht Württembergs, stehendes Heer und Bürgerwehr, werde sich dazu ergeben, Pläne der Untergrabung und des Umsturzes bestehender Rechtsverhältnisse zu unterstützen. Die Regierung darf sich vielmehr der Ueberzeugung hingeben, daß der weit überwiegende Theil des Volkes, Bürgerwehren und stehendes Heer mit unbegrenzter Bereit seyn werde, die öffentliche Sicherheit, die Ordnung, und das Recht gegen geschwundene Parteiuenternehmungen standhaft zu verteidigen.

Stuttgart, 30. April 1849. Die Departementsvorstände: Römer, Moser, Duvernoy, Schmidlin, Rüpplin, Goppelt.

Stuttgart, 1. Mai. In den Tagen unserer Ministerkrise wurde von der Kammer eine aus Mitgliedern der Linken bestehende Kommission ernannt, zum Zweck, der Kammer über die damals schwebende Frage und alle sie betreffende Zwischenfälle Bericht zu erstatten.

Nachdem die Frage gelöst war, fand man einen Vorwand, diese Kommission, obgleich sie nur für einen speziellen Zweck niedergesetzt war, noch mehrere Tage weiter fortbestehen zu lassen. In der Sitzung vom 30. v. M. stellte der Abg. Pfäfflin den Antrag, daß dieser Fünfzehnerauschuß aus Anlaß der wichtigen neuesten Zeitungsnachrichten in der deutschen Frage Berathung pflege, und Bericht an die Kammer erstatte. Bei der Erörterung der Frage, ob die Fünfzehnerkommission überhaupt noch fortbestehen, ob ihre Aufgabe nach gehobener Krise nicht erschöpft sey, äußerte der Staatsrath Römer: „Er sehe keine nahe Gefahr für die deutsche Sache, und er wisse daher nicht, was die Kommission jetzt berathen solle.“ Ferner äußerte er: „Ich bin der Ansicht, daß Württemberg seine Schuldbigkeit gethan hat. Es hat einen moralischen Impuls gegeben: wir müssen nun zu sehen, welche Nachapmung Dies in andern Staaten findet. Wenn es Nichts hilft, so nützt unsere Wachsamkeit Nichts. Sechs Millionen können Nichts machen gegen 32.“

Diese Worte enthalten eine sehr gesunde Politik, welche aber leider in unserer Abgeordnetenkammer keinen Anklang fand. Die Mehrheit der Kammer beschloß, den Fünfzehnerauschuß nach dem Antrage Pfäfflin's fortbestehen zu lassen.

München. (Allg. Z.) Aus München erhält man Maueranschläge und Adressen, in welchen die beiden Parteien dort für und gegen die Reichsverfassung, für und gegen die jüngste Erklärung der bayrischen Regierung sich aussprechen. Derselbe Gegenstand der Ansichten und Wünsche spricht sich in den Vereinen einer Anzahl Städte aus. Weit überwiegend aber sind die in hunderten von Adressen ausgedrückten dringenden Gesuche um schleunige Berufung des Landtags, damit, wie billig, über die Interessen des Landes vor Allem die gesetzlichen Vertreter desselben gehört werden.

München, 30. April. (M. Münch. Z.) Die von einer Anzahl der geachteten Bürger Münchens ausgehende Adresse, welche die vollste Zustimmung zu der Erklärung der bayrischen Regierung in der deutschen Verfassungsfrage ausdrückt, hatte gestern Abend bereits über 4000 Unterschriften, und zwar durchaus Unterschriften aus dem wahren Kern unserer Bevölkerung.

Dresden, 27. April. (D. Ref.) Die Gerüchte von einer Kammerauflösung gehen neben denen eines Ministerwechsels her. Die Beschlüsse der Kammer für die deutsche Verfassung haben keine moralische Einigung mit dem Volke hergestellt, weil man sehr wohl fühlt, wie alle Beschlüsse der Kammer, und so auch dieser, ganz und gar nur vom niedrigen Standpunkt radikal demokratischer und negativ oppositioneller Auffassung und Parteinahme entspringen. Eine politisch tiefere und berechtigtere Basis, die nationalerehabende Idee, leitet die Majorität der Kammer nicht. Trug doch gestern, als die Beiträge zur deutschen Marine nach lebhafter Debatte bewilligt wurden, Behner mit vielfacher Unterstützung darauf an, diese Beiträge nicht eher zu geben, als bis sich das Schicksal des deutschen Verfassungswerkes mit Sicherheit übersehen lasse. Erst neulich erkannte man die Verfassung an und setzte dem Ministerium zu, weil es zaudert und erst abwarten will, und heute will man selber erst abwarten, und durch Zurückhalten der Geldbeiträge die Zentralgewalt schwächen. So können denn die Beschlüsse der Kammer in der deutschen Sache nicht, wie in Württemberg, ein allgemeiner Anhalt der Parteien werden.

Am vergangenen Sonntag fand hier große Familienversammlungen der Abgeordneten aller sächsischen Vaterlandsvereine statt, wobei denn viele Kammermitglieder als Beauftragte ihrer Vereine erschienen. Die Familienvereine gehörte zwar zu den ruhrenden, nicht aber zu den erquicklichen, denn guter Kunde zerren so innig, als nur bei irgend einer häuslichen Scene, welche eine böswillige Frau Gewaltthaten etwa häuslichen

1. Mai. Zwischen nehmen könnte. Thatsache ist, daß einer und der andere Abgeordnete, obwohl sonst im Rufe des besten Nationalismus, durch Anwendung humaner Mittel veranlaßt wurde, sich zu entfernen, — Thatsache, daß die äußerste Linke den Sieg davon trug, und daß in Folge Dessen gegen 20 (meist laufigische) Vaterlandsvereine aus dem allgemeinen Verbande ausschieden, weil sie an Entscheidung sich mit den übrigen nicht zu messen vermochten. Die Mehrzahl taufte sich in „demokratische Vaterlandsvereine“ um, und verschloß sich mit einem Zentralausschuße, der aus den wohllautenden Namen Käfel, Tschirner, und Hötlicher besteht. Die Gemäßigteren bewährten ihren Namen und wählten Hensel (Präsidenten der Ersten Kammer), Heubner, Hirschold d. J., Joseph (Präsidenten der Zweiten Kammer), und Schaffrath zum Vorstand. Doch nicht zufrieden mit dieser Zweiteilung der Linken (d. h. in den Kammer, wie im Volk) sonderte sich als Quintessenz noch eine sozial-demokratische Fraktion ab, auf daß in dieser Weise Alle hübsch einträchtig am Wohle des Vaterlandes arbeiten.

**Dresden.** Die Kammern sind aufgelöst. Eine Proclamation des Ministeriums vom 28. April erklärt, daß es „in der Ueberzeugung, seine Pflicht gethan zu haben, vor das Volk hintrete und sich auf dessen Entscheidung berufe.“

**Aus Nordschleswig,** 27. April. (D. Ref.) Ein soeben von Christiansfelde angelangter Offizier erzählt, daß man gestern in nördlicher Richtung heftigen Kanonenbeschusses vernommen, jedoch ist bis jetzt nichts Näheres hierüber bekannt geworden. So viel ist indes sicher anzunehmen, daß die Vorhut der in Jütland operierenden Schleswig-holsteinischen Armee, unter der Leitung des eben so kriegsfundigen, als von seinen Soldaten geliebten Generals v. Bonin, in der Nähe von Fredericia sich befindet, so daß es auf eine Einnahme dieser schwachen, aber durch ihre Lage strategisch wichtigen Festung — die Festung Fredericia beherrscht den kleinen Belt und den Uebergang nach Föhnen — abgesehen zu sein scheint.

Die Bayern, welche bis jetzt im Sundewittschen lagen, 5 Bataillone und 2 Batterien stark, so wie das 5. bayrische Chevaurlegers-Regiment marschieren gen Jütland, um die Ustigen in der Kriegsarbeit zu unterstützen.

Unterdessen reifen die Befestigungsarbeiten im Sundewitt in erfreulicher Weise und es dürfte wohl bald zum Angriff auf Alsen kommen.

**Berlin.** Die Neue preussische Zeitung vom 1. Mai meldet in ihrem „Berliner Zuschauer“ unter Anderm: „Durch einen Fremden sind vorgestern wichtige Briefe von Hexamer (der in Straßburg gewesen seyn soll) an den Kinkel überbracht worden, die ihm für seine Wirkungszeit in der Heimath zur Richtschnur dienen sollen. Die Briefe enthalten namentlich Notizen über Süddeutschland. Wir heben daraus folgende hervor. Die Demokratie und republikanische Partei in Süddeutschland, namentlich in Baden, hat sich vollkommen organisiert. Die Organisationen in Mannheim, Karlsruhe, und andern Städten stehen unter der Leitung Brentanos, während ein Landtags-Deputirter auf den Dörfern agitirt. Die Gemeinderäthe haben überall eingewilligt, die bewaffnete demokratische Macht mit Geld zu unterstützen, wenn es nöthig wird, nach Frankfurt zu marschiren. Wenn so die Hülfen und Halbmenschen (in einem Briefe von Fröbel heißt es wörtlich: die dummen Deutschen) einig keitschwarz mer!) aus Baden marschiren und wenig Militär dort ist, soll ein republikanischer Einfall von der Gränze aus gemacht werden. Hier sind Willisch und Heinzen die Führer. Als das Haupt wird jedoch Sigel betrachtet. Derselbe hat bereits verschiedene Verathungen gehalten, eine Aufforderung an die in Frankreich sich aufhaltenden Flüchtlinge gerichtet, und mit Hilfe der Propaganda eine starke Macht im Stillen zusammengebracht. Sigel hat Baden infognito durchkreist und dort viel geheimen Anhang. Mit Heinzen und Willisch ist er jedoch gespannt.“

**+ Berlin,** 30. April. Die Ruhe in unserer Stadt ist nicht weiter gestört worden. Auch die öffentliche Stimmung ist keine gereizte zu nennen; die Aufregung beschränkte sich auf diejenigen Schichten der Bevölkerung, welche unter dem Einflusse der Linken stehen. Wie die neuen Wahlen zur Zweiten Kammer ausfallen werden, ist eine andere Frage. Die Abgeordneten der Linken sind bis auf wenige abgereist, wegen die der Rechten noch fast alle hier weilen, um die Ereignisse und die künftigen Maßnahmen der Regierung abzuwarten. Die einzelnen Fraktionen sind gesonnen, ihren Wählern einen Rechenschaftsbericht zu geben.

Der Einmarsch der Russen in die österreichischen Staaten steht nun ungewiss fest. Ein Theil wird durch Galizien über die Karpathen marschiren, ein anderer von Polen aus durch Oberschlesien mit der Eisenbahn direkt nach Wien befördert werden.

Der großh. heftige Generalmajor v. Schäffer-Bernstein, der sich mit einer Mission der badischen Regierung einige Zeit hier befand, hat Berlin wieder verlassen.

**\*\* Wien,** 28. April. So eben erscheint ein neuer Armeebereich (der 35.); derselbe lautet wie folgt: Feldmarschall-Leutnant Graf Schill erstattet aus Pustia - Perkat unterm 26. d. M. nachstehenden Bericht:

Der Feind hatte seit halb 3 Uhr Morgens auf die Komorn umgebenden Truppen ein hartes Geschützfeuer aus seinen Verschanzungen eröffnet, und entwickelte bei Tagesanbruch unter dem Schutze dieser Geschütze bedeutende Streitkräfte. Die Division des Feldmarschall-Leutnants Simunich nahm hierauf die Weinberge auf dem Standberge mit dem Bajonet; die Brigade Vieber zwang den Feind, Stand zu halten, während die Brigade Montenuovo ihn in Flanke und Rücken nahm, und unter Kommando des Obersten Kießlinger von Auerberg Kürassieren, unterstützt durch eine Raketenbatterie, ein vollkommen gelungenen Angriff ausgeführt wurde. Sämmtliche feindliche Batterien stellten sich ihrer Feuer ein, zogen sich zurück, und 6 Divisionen Fusaren wurden mit Verlust geworfen.

Das Kürassierregiment Auerberg und Civalart Uplänen griff bei

dieser Gelegenheit 2 Divisionen Fusaren und 2 Bataillone Honved so kräftig an, daß letztere beinahe gänzlich zusammengebrochen wurden. Bei diesem Angriff wurde Oberst Kießlinger und ein Rittmeister von Auerberg Kürassieren, dann Rittmeister Esbeck von Civalart Uplänen (lesterer tödtlich) verwundet.

Der Feind wurde auf allen Punkten geworfen, zog sich jedoch unter dem Schutze der Geschütze Komorn in die Festung zurück.

Wien, 28. April 1849.

Der landeskommandirende General und Gouverneur-Stellvertreter: **Frhr. v. Böhm, Feldmarschall-Leutnant.**

Die durch das Gerücht angefüchteten russischen Hilfstruppen sind nunmehr gleichzeitig auf verschiedenen Punkten nach Siebenbürgen und der Bukowina eingerückt; eine andere Truppenabtheilung soll in Mähren über die Gränze gegangen seyn. Auch auf der Nordbahn will man russische Offiziere gesehen haben. Mit wachsender Spannung sieht man der Entwicklung der Dinge in Ungarn entgegen.

**Teschchen (österreichisch Schlesien),** 26. April. (Allg. Z.) So eben ist ein russisches Hilfskorps hier eingerückt. Es ward, wie allenthalben in Schlesien, von der Bevölkerung freundlich empfangen, denn Alles sehnt sich nach friedlichen Zuständen, da unser ganzer Handel nach Ungarn darniederliegt.

Aus dem angränzenden Arvaer und Trentschiner Komitat kommen zahlreiche Flüchtlinge nach Schlesien, und diese wie andere Nachrichten geben uns die Gewißheit von der dort durch die Magyaren eingeführten Gewalttherrschaft.

Man schätzt das in Schlesien eingerückte russische Hilfskorps auf 25,000 Mann. Die Bewohner Schlesiens, wie auch die von Mähren, sind der Regierung treu ergeben, und die Ordnung wurde, ungeachtet fast alles Militär nach Ungarn marschirt ist, keinen Augenblick gestört. Den militärischen Dienst versieht überall die Nationalgarde.

**Frankreich.**

**+ Paris,** 30. April. Das Einrücken der deutschen Truppen in Jütland setzt die ganze hiesige Presse in Bewegung. So etwas dürfe Europa nicht dulden. Wahrhaftig, eben so gut könnten die Deutschen Ansprüche auf das Elsaß machen, wo man ebenfalls deutsch rede; das Elsaß aber sey ein „natürlicher“ und unentbehrlicher Bestandtheil Frankreichs. So sprechen dieselben Blätter, welche sich seiner Zeit bis zur Wuth entzündet haben über die Ungerechtigkeit Oesterreichs, die Lombardei nicht freiwillig fahren lassen zu wollen. Wer weiß, — für Elsaß, Deutsch-Lothringen, und einige andere Landschaften ließe sich vielleicht ein Austausch treffen?

Unsere Zeit bildet sich sonst ein, ausnehmend intelligent zu seyn; aber beim Licht betrachtet, muß man gestehen, daß doch auch eine hübsche Auswahl von Bornirtheiten mit neben herläuft. So trägt ein Theil der hiesigen Blätter eine fast komische Erbitterung zur Schau, daß Oesterreich Alessandria besetzt hat und auf Bezahlung der Kriegskosten besteht. Das Eine wie das Andere war, wie man weiß, eine der Bedingungen des Waffenstillstandes, welcher Turin rettete; außerdem waren die Piemontesen befalls dem angreifende Theil gewesen, und tragen nun ganz einfach die Folgen der Waffenentscheidung, an welche sie selbst appellirt haben. Thut Alles nichts: — die geistreichste Nation der Welt findet es sonderbar, und würde es weit natürlicher finden, wenn Oesterreich sich anerböte, den Piemontesen die Kriegskosten zu bezahlen!

Neue Aufschlüsse in der Länder- und Völkerkunde gibt ein Artikel in der „Tribüne des peuples“, welcher die Bedeutung des Slawenthums ins Licht stellt. Unter Anderm hat der Verfasser entdeckt, daß die Slawen sich zwar zurückdrängen ließen, aber niemals sich vernichten oder verschmolzen; daß man darüber von Wismar bis Posen und Breslau Nachfrage halten möge, hat er beizufügen vergessen. Nebstdem setzt er die Holländer in dasselbe Verhältnis zu den Deutschen, wie Engländer und Dänen, nämlich als germanische Stamm- und Sprachverwandte; daß die holländische Sprache nicht bloß eine germanische, sondern eine deutsche Mundart, und zufällig dieselbe Mundart ist, welche mit wenig Unterschieden in Königsberg, wie in Hamburg, in Magdeburg und Braunschweig, wie in Antwerpen und Dänkirchen gesprochen wird, kann man dem Franzosen nicht zu wissen zumuthen, da es auch vielen Deutschen unbekannt ist. Dafür kennen wir Deutsche das alte Griechenthal, und der äolische, dorische, und jonische Dialekt wird in unsern Schulen gelehrt.

Gestern ist auch von „sozialistischen Priestern“ hier ein Bankett gefeiert worden. Die Sache geht um, wie weiland die Pferdefleisch-Essen. Unter den Trinksprüche machte sich folgender bemerklich: „Auf Jesus von Nazareth, den Vater des Sozialismus, diesen großen Revolutionär, den die Gemäßigten seiner Zeit zwischen zwei Dieben ans Kreuz geschlagen haben!“ Die Diebe sind nach heutigen Grundsätzen natürlich als Patrioten und Radikalreformer aufzufassen. Sie sehen, es fehlt auch in Frankreich nicht an „rothen Pfaffen“; doch ist die Republik so vernünftig, solche politische Schauspiele nicht auf den Kanzeln aufführen zu lassen, wie es in Deutschland hin und wieder geschehen soll.

**Vermischte Nachrichten.**

— Wie die königliche Zeitung meldet, wurde in Pesti neulich (vor der Räumung dieser Stadt) eine eigenthümliche Korrespondenzfabrik entdeckt. Bei einem „Literaten“, Namens Madsch, fand man bei einer Hausdurchsuchung die Beweise vor, daß er der „Breslauer Zeitung“ (bekannt durch ihre blauen Mähren über Ungarn) seit langer Zeit Korrespondenzen geliefert hatte, welche ununterbrochen glänzende Triumph der Magyaren meldeten. Die Briefe selbst enthielten anscheinend bloß Familiennachrichten; zwischen den Zeilen aber waren die Berichte für die Zeitung mit chemischer Dinte geschrieben, welche erst durch starke Erwärmung des Papiers sichtbar ward. Interessant war die weitere Entdeckung, daß der gute Mann gleichzeitig an andere Zeitungen Berichte schickte, welche eben so regelmäßig von entgegengesetztem Inhalt

waren. Diese Fabrik von „Neutgeiten“ war seit dem Beginn des ungarischen Krieges im Gange gewesen. Mundus vult decipi!

Das hannoversche Staatshandbuch für 1849 gibt die Zahl der Bevölkerung des Landes nach einer am 1. Juli 1848 vorgenommenen Zählung auf 1,753,847 Menschen an, die in 255,923 Häusern wohnen. Am dichtesten bevölkert sind die südlichen Provinzen, namentlich das Calenbergische, Hildesheimische, und Göttingische; am wenigsten die Provinzen Bremen, Osnabrück, und namentlich Ostfriesland. Ostfriesland hat nur 174,355 Einwohner.

**Etwas für Naturbeobachter.**

Nach dem Schmelzen des Schnees findet man auf Wiesen nicht selten, besonders in der Nähe von Gräben, unförmliche Klumpen einer gallertartigen Masse, die Anfangs durchscheinend und weiß und in ihrer Struktur spiralförmig gewunden anzusehen ist, später braun und dichter wird, und zuletzt zu einer fast schwarzen haut- oder lederartigen Masse zusammenschwindet. Vor 30 Jahren, wo man mancherlei Meteore aus der Konzentration von Dünkeln erklärte, hielt man diese Massen für ausgebrannte Sternschnuppen; später versetzte man sie in die Pflanzenwelt, in das Reich der Dinge, die in einer Nacht wie Pilze aus der Erde hervorschießen, und ein Botaniker gab dem neuen Gewächs, so viel ich weiß, den Namen Tremellia Nostoc. Nun kam es mir einmal, da ich wieder eine solche Masse fand, vor, als ob an dem einen Ende des Hauptens die äußersten Spitzen der Zehen eines Froschfußes hing; ich wagte jedoch nicht, Dies als gewiß zu behaupten. Ein Jahr darnach entdeckte ich zu meinem großen Erstaunen in einem solchen Haufen ganz deutlich die Kinnladen, die Luftröhre, und die Füßchen eines Frosches; alles Andere war ganz und gar in die gallertartige Masse übergegangen und formlos. Einige Tage nachher waren auch die zuerst gesehenen wenigen organischen Ueberreste gänzlich in Gallerte verwandelt, so daß keine Spur von Knochen oder Haut zu entdecken war. Diese schnelle Verwandlung der Frosche ward mir bald darauf von einem Arzte bestätigt, der in dem kalten Winter von 1829 auf 1830 an einer Quelle hunderte von Froschen liegen sah, die in äußerst schnellem Verlauf den Prozeß der Verwandlung in Gallerte durchmachten. Das Faktum scheint also keinem Zweifel mehr zu unterliegen.

Jedenfalls ist diese Erscheinung merkwürdig genug, um die Aufmerksamkeit von Naturbeobachtern darauf zu lenken, und es knüpfen sich allerlei Fragen daran. Z. B. wie kommen mitten im Winter Frosche auf das Land, die doch sonst erst Anfangs März aus ihrer Erstarrung erwachen? Und wie geht es zu, daß alle Theile ihres Leibes, auch die Knochen nicht ausgenommen, in eine weiße Masse sich verwandeln, deren Zusammensetzung so sonderbar ist, und mit der Form eines Frosches, abgesehen von ihrer unverhältnißmäßigen Größe, so gar keine Ähnlichkeit mehr hat?

**Frankfurter Kurzzeitel. Staatspapiere.**

Frankfurt, 1. Mai		Papier.	Geld.
Oesterreich.	Metalliquesobligationen	3	74 3/4 / 74 1/2
"	"	4	59 1/2 / 59
"	"	3	44 1/2 / 43 3/8
"	Wiener Bankaktien	1	1157 / 1152
"	fl. 500 Loose	126 1/8	125 3/8
"	fl. 250 Loose von 1839	78 1/2	77 3/4
"	Bethmannsche Obligationen	4	62 / 61
"	ditto	4 1/2	69
Preußen.	Preussische Staatsschuldscheine	3 1/2	80 / 80
"	" 50 Thlr. Prämienschneine	101	
"	Obligationen	3 1/2	77 3/4 / 77 1/2
"	50 fl. Loose vom Jahr 1840	48 1/8	47 3/8
"	35 fl. Loose vom Jahr 1845	25 1/8	21 7/8
Frankfurt.	Obligationen vom Jahr 1839	3 1/2	93 / 92 3/8
"	ditto v. J. 1846	3 1/2	89 1/2 / 88 3/4
"	ditto	3	78
"	Taunusaktien à 250 fl. ohne Div.	239	286
Kurhessen.	Partialloose à 40 Thlr. Preuß.	27 1/2	27 1/4
Bayern.	Bankaktien	3	618
"	Obligationen	3 1/2	80 / 79 1/2
Darmstadt.	Obligationen	4	87 1/2
"	ditto	3 1/2	79 1/4 / 79 1/4
"	Partialloose à fl. 50	72	71 3/4
"	ditto à fl. 25	22 1/2	22 1/4
Rassau.	Obligationen bei Rothschild	3 1/2	81 / 80 1/2
"	Partialloose à fl. 25	21 1/4	20 7/8
Holland.	Integrale	2 1/2	49 1/8 / 49 1/8
Würtemb.	Obligat. b. Rothschild n. Erschein.	4 1/2	94 1/2 / 94
"	ditto ditto	3 1/2	77 3/4 / 77 3/8
Sardinien.	Partialloose à fr. 35 b. Gebr. Bethm.	5	24 1/2 / 24 1/4
Spanien.	Span. Ardoins incl. 15 Coup.	3	24 1/2 / 24
"	ditto inländische	3	97 1/2 / 97
Polen.	fl. 300 Loose à 105 fr. pr. Compt.	4	74 / 73 1/2
"	Obligationen à fl. 500	4	74
Portugal.	Obligationen in L. St. à fl. 12	3	—

**Karlsruher Witterungsbeobachtungen.**

Am 6., 7. April.	Abends 9 U.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Lufdruck red. auf 10° R.	27° 5.9	27° 5.5	27° 5.7
Temperatur nach Reaumur	9.0	6.2	13.8
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.66	0.81	0.51
Wind und Stärke (= Sturm)	ND°	D°	S°
Bewölkung nach Zehnteln	0.0	0.0	0.3
Niederschlag Par. Kub. Zoll.	—	—	—
Berdüftung Par. Zoll Höhe	—	—	—
Dunstdruck Par. Lin.	2.9	2.8	3.2
6. April.	heiter.	heiter.	unterbrochen
Therm. min.	4.2	heiter.	heiter.
" max.	14.7	heiter.	vorher
" med.	9.3	Regen.	Regentropf.

  

Am 7., 8. April.	Abends 9 U.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Lufdruck red. auf 10° R.	27° 5.2	27° 5.0	27° 5.2
Temperatur nach Reaumur	10.1	8.2	12.6
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.72	0.81	0.54
Wind und Stärke (= Sturm)	—	S°	S°
Bewölkung nach Zehnteln	0.4	0.9	0.2
Niederschlag Par. Kub. Zoll.	3.3	—	5.0
Berdüftung Par. Zoll Höhe	—	—	—
Dunstdruck Par. Lin.	3.4	3.3	3.1
7. April.	unterbrochen	trüb.	unterbrochen
Therm. min.	5.1	heiter.	heiter.
" max.	15.2	vorher	vorher
" med.	10.1	Regen.	Regen.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giehn.

**Literarische Anzeigen.**

B.831. Stuttgart. Bei Kraus und Schaefer ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Karlsruhe bei **A. Dielefeld**:

**Die deutsche Volksbewegung von Gottes Gnade. Geschichte des Jahres 1848.**

19 Bogen, 8. Geh. Preis 1 fl. 45 kr.  
Der schon durch mehrere historische und philosophische Schriften bekannte Verfasser glaubte den Wünschen vieler entgegen gekommen zu seyn, indem er diese möglichst vollständige und wahrhaftige Darstellung aller einzelnen Begebenheiten des vorigen Jahres abgabte. — Die Tendenz ist entschieden schwarz-rot-golden, ohne Scheu auch vor den letzten und einschneidendsten Folgerungen aus diesem Prinzip. — Wir hoffen, das diese Schrift als ein Familienbuch in keiner wahrhaft deutschen Familie fehlen wird.

**Todesart Jesu**

erschienene Schrift. Gr. 8. Geh. 54 kr.  
Je mehr bei dem, sich jetzt auf kirchlichem Gebiete vorbereitenden Gährungsprozess zu befürchten ist, dass durch diese angebl. Enthüllungen Viele in ihrem Glauben irr, Viele in ihrem Unglauben bestärkt werden könnten, um so mehr ist, namentlich aus der Fehde des für evangelische Wahrheit begeisterten Opponenten — Zurückweisung jener, allen Grundes entbehrenden Angaben — ein Wort zur rechten Zeit, welches Allen, denen ihr Christenglaube eine heilige Angelegenheit ist, zur weitem Verbreitung empfohlen wird.

**Zu haben in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe.**

**Allgemeine Versorgungsanstalt**

in der Großherzogthum Baden.  
Nachdem der bisherige Direktor des diesseitigen Verwaltungsraths, Herr Staatsrath Freyher v. Stengel, diese Funktion niedergelegt, wurde an dessen Stelle Herr Hofrath Director Ziegler erwählt, was hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.  
Karlsruhe, den 30. April 1849.

**Blanch-Anzeige.**

Für die schon längst bestehende und als vorzüglich gut anerkannte Langenheinbacher Naturbleiche besorge ich, wie seit her, auch dieses Jahr wieder die Einsammlung der zu bleichenden Leinwand, Garn etc., und erlaube mir noch zu bemerken, daß bei derselben keine schädliche Bleichmethode angewendet wird.  
Ich sehe daher wieder einem recht zahlreichen Zuspruche entgegen.

**Conradin Saagel.**

B.866. [31]. Lehr.  
Anzeige.  
Bei Unterzeichnetem findet ein geschäftsgewandter Gehilfe gleich Beschäftigung. Gehalt 300 fl. bis 350 fl. per Jahr.  
Lehr, den 2. Mai 1849.

**Bad-Eröffnung.**

Die Unterzeichnete beehrt sich, anruch zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, daß von heute an ihre Badanstalt und Wirthschaft wieder eröffnet ist.  
Die in einer langen Reihe von Jahren bewährte ausgezeichnete Wirksamkeit der hiesigen Schwefelquelle gegen vielfältige Brust-, Hämorrhoidal-, rheumatische und Gichtleiden, so wie gegen hartnäckige Hautkrankheiten u. a. m. überbebt die Unterzeichnete der Anpreisung ihrer Heilanstalt; sie begnügt sich, mit dieser Anzeige die Zusicherung eben so billiger als aufmerksamer und geselliger Behandlung der verehrl. Kurgäste und Reisenden zu verbinden.  
Langenbrücken, den 1. Mai 1849.

**Fr. V. Sigel Wittve.**

B.780. Ettlingen.  
Wirthschafts-Empfehlung.  
Ich zeige hiemit an, daß ich das Gasthaus zum Lamm käuflich an mich gebracht, und meine Wirthschaft in der Hirschkirche verlassen habe. Ich danke für das bis dahin geschenkte Vertrauen, und bitte mir dasselbe ferner zu bewahren.  
Mayer Lehmann.  
B.861. [21]. Rastatt.  
Gasthaus-Ver-miethung.  
Das Gasthaus zur Sonne in Rastatt ist zu vermieten. Näheres ist im Gasthaus selbst zu erfahren.  
B.807. [33]. Gondelsheim.  
Fruchtwirtheigerung.  
Am Donnerstag, den 10. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr, werden auf dem diesseitigen Geschäftsraum folgende Früchte versteigert:

- a) vom grundherrlichen Speicher in Ettingen: Dinkel 233 Malter, Haber 235 "
  - b) vom dem Speicher dahier: Korn 38 Malter, Dinkel 150 Haber 100 "
- Gondelsheim, den 26. April 1849.  
Gräflich v. Langenheinisches Rentamt.  
V e t t e r.

**Feuer-Ver sicherungs-Gesellschaft Colonia.**

Ein Auktions aus dem Protokolle der am 17. d. M. stattgehabter Generalversammlung der Gesellschaft liegt bei dem unterzeichneten Generalagenten, so wie bei den Agenten seines Bezirks, zur Mittheilung an Jedem, der sich für die Ankauf interessiert, bereit.  
Hier genüge die Andeutung, daß die Colonia ihren günstigen Geschäftsstand dazu benützt hat, um ihren Referendfonds ansehnlich zu verstärken.  
Karlsruhe, den 30. April 1849.

**Liegenschafts-Versteigerung.**

Dem Augustin Kraier, Bürger und Bauer von Steinaach werden in Folge richtiger Verfügung vom 19. Februar d. J., Nr. 2121, die unten verzeichneten Liegenschaften  
Donnerstag, den 24. Mai 1849, Vormittags 9 Uhr, auf dem Rathhause in Steinaach durch Notar Bögeler öffentlich versteigert, wozu die Liebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der entgeltliche Zuschlag erfolge, wenn der Schätzungspreis erreicht werde.  
Liegenschaften.

- Nr. 1. Ein Wohnhaus mit Scheuer und Stallung unten im Dorf neben Faver Bruter und Feldweg.
  - Nr. 2. 75 Ruthen Gemüsegarten und Hofstätte beim Haus, einer. der Feldweg, ander. Faver Bruter.
  - Nr. 3. 8 Viertel Buchwald im Schuppen, einer. Joseph Schirmmaier, ander. Johann Himmelsbach.
  - Nr. 4. 8 Viertel Buchwald im Sommerännle, einer. Faver Krämer, ander. Martin Jälle.
  - Nr. 5. 4 Viertel Tannwald im Tannwald, einer. Joseph Bogt, ander. Wendelin Schwendemann.
  - Nr. 6. 4 Viertel Tannwald allda, eins. Leopold Maier, ander. Wendelin Maier.
  - Nr. 7. 5 Viertel Buchwald, Brufenbühl, auf der Gemaltung Entersbach, gemeinschaftlich mit Joseph Schirmmaier, eins. Anton Grieshaber, ander. Hieronymus Herrmann.
  - Nr. 8. 4 Viertel Eichwald, Einetwald, gemeinschaftlich mit Joseph Schirmmaier, einer. Anton Grieshaber, ander. Hieronymus Herrmann.
  - Nr. 9. 3 Viertel Acker, Unterfeld, einer. Baptist Kraier, ander. Andreas Bogt.
  - Nr. 10. 5 Viertel Acker, Gaislecker, einer. Joseph Bogt, ander. der Weg.
  - Nr. 11. 4 Viertel 30 Ruthen Acker, Gansacker, einer. Georg Rod, ander. Genovesa Bel Wittve.
  - Nr. 12. 3 Viertel 75 Ruthen Acker, Bruader, einer. Mathias Mellert, ander. Thomas Mellert.
  - Nr. 13. 6 Viertel Acker Bruader, einer. Faver Uhl, ander. Mathias Mellert.
  - Nr. 14. 2 Viertel 50 Ruthen Acker vor der Kapell, eins. Joseph Kern, ander. Pfarrgut.
  - Nr. 15. 10 Viertel Acker Maulengrün, einer. die Landstraße, ander. Giehlsmatte, einer. Joseph Zix, ander. Wendelin Schwendemann.
  - Nr. 16. 2 Viertel 25 Ruthen Acker, Woffgruben, vorderhalb der Giehlsmatte, einer. Joseph Zix, ander. Wendelin Schwendemann.
  - Nr. 17. 2 Viertel Acker vor der Hutmatte, einer. Andreas Kubi, ander. Wendelin Schwendemann.
  - Nr. 18. 2 Viertel Wiesen im Grübels, einer. die Ringel, ander. der Wassergraben.
  - Nr. 19. 4 Viertel Acker, Hutmatte, einer. Faver Ringwald, ander. Willibald Eble.
  - Nr. 20. 4 Viertel 25 Ruthen Wiesen, Giehlsmatte, einer. Johann Hansmann, ander. Johann Kammerer.
  - Nr. 21. 1 Viertel Wiesen, Kirchgrün, einer. Jos. Schwendemann, ander. Joseph Berner's Wittve.
  - Nr. 22. 1 Viertel Wiesen Sauläger, einer. Joseph Kraier, ander. Rudolf Ahdreht.
  - Nr. 23. 2 Viertel Wiesen allda, einer. sich selbst, ander. Wassergraben.
  - Nr. 24. 3 Viertel 25 Ruthen Wiesen, Kirchgrün, einer. Joseph Schwendemann, ander. Joseph Kraier.
  - Nr. 25. 25 Ruthen Neben im Altberg, einer. Joseph Stulz, ander. Mathias Buchholz.
  - Nr. 26. 2 Viertel Wald, Reigergwald, einer. Anton Moser, ander. mehrere Anstößer.
  - Nr. 27. 2 Viertel Wiesen, Sarachergrün, einer. Joseph Schirmmaier, ander. Wendelin Maier.
  - Nr. 28. 2 Viertel Wiesen Sauläger, einer. sich selbst, ander. Wassergraben.
  - Nr. 29. Eine Hanfräpfe.
- Baslach, den 24. April 1849.  
Großh. bad. Amstrevisorat.  
Z a m p o n i.

**Hausversteigerung.**

Aus der Verlassenschaftsmaße des verstorbenen Philipp Merian von Basel, Ehrenraths der Stadt Freiburg, wird am  
Donnerstag, den 29. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr, im städtischen Rathhause zu Freiburg folgende Liegenschaft wiederholt zu Eigenthum versteigert:  
Ein drei Stockwerke hohes Wohnhaus von Stein mit gewölbtem Keller, ein einstöckiges Oekonomiegebäude, ein geräumiger Hof mit Hausgärten und Pumpbrunnen, Post-Nr. 443 D. in der Steppanienvorstadt zu Freiburg, einerseits das Haus des Bezirksförsters Käber, andererseits ein Bauplatz, taxirt zu 15,000 fl. Die Bedingungen werden vor der Steigerung bekannt gemacht.  
Fremde Steigerer müssen auf Verlangen sich mit Vermögenszeugnissen ausweisen.  
Freiburg, den 30. April 1849.  
Großh. bad. Stadtmstrevisorat.  
Dienstverweser.  
Wilb. Fischer, Notar.  
vdt. Schupp.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

Ein hundert Tagwerke Wiesen, in dem ausgetrochneten oberen Theile des „großen Altwassers“ zwischen Berg und Neuburg, werden mit Einschluß der oberhalb gelegenen Stauchseufe und des Luttergrabens, auf Betreiben des unterzeichneten l. b. Rentamts, unter den in der Verlage zu Nr. VIII. des Amtsblatts von 1818 enthaltenen allgemeinen Verkaufsbedingungen für Staatsgüter, — auf Eigenthum versteigert, und zwar:  
zu Neuburg im Gemeindehause, den 16. und 17. Mai 1849, Morgens 9 Uhr, erst in kleineren Pforten mit dem Vorbehalte des Massenausgebots; hierauf  
zu Kandell im Gemeindehause, den folgenden Tag,  
den 18. Mai 1849, Morgens 10 Uhr, — in drei größeren Abtheilungen und zuletzt im Ganzen.  
Plan und Bedingnisheft liegen unterdessen dahier zur Einsicht offen.  
Kandel, den 30. April 1849.  
R. b. Rentamt.  
P i l g e r.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

Da Joseph Buiffon von Lippertsreute sich trotz der öffentlichen Aufforderung vom 16. v. M., Nr. 3372, dahier nicht gestellt hat, so werden sämtliche Polizeibehörden hiermit ersucht, auf denselben zu saphnen und ihn im Betretungsfalle anher abliefern zu lassen.  
Mößkirch, den 20. April 1849.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
S t e i n.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

Da sich Johann Klett von Menningen trotz der öffentlichen Aufforderung vom 16. v. M., Nr. 3371, bisher dahier nicht gestellt hat, so werden sämtliche Polizeibehörden ersucht, auf denselben zu saphnen und ihn im Betretungsfalle anher abliefern zu lassen.  
Mößkirch, den 20. April 1849.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
S t e i n.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

B.860. [21]. Nr. 21,863. Heidelberg. (Aufforderung und Fahnung.) Auktur Johann Heinrich Scheid von Sandhausen, welcher zum 4. Infanterieregiment eingetheilt ist, und am 19. d. M. zum Dienste in seine Garnison einrückten sollte, hat bis jetzt seiner Einberufungsbefehl keine Folge gegeben, und sein jetziger Aufenthaltsort ist dahier unbekannt.  
Derselbe wird daher aufgefordert, sich binnen 4 Wochen dahier oder bei seinem Regimentskommando zu siphnen, widrigenfalls er wegen Refraktion die gesetzliche Strafe zu gewärtigen habe.  
Wir ersuchen zugleich die betreffenden Behörden, auf den Scheid, dessen Signalment unten folgt, saphnen und ihn auf Betreten hierher oder an sein Kommando abliefern zu lassen.  
S i g n a l e m e n t.

G r ö ß e, 5' 2 3/4".  
K ö r p e r b a u, schwach.  
G e s i c h t s f a r b e, bleich.  
A u g e n, braun.  
H a a r e, braun.  
N a s e, groß.  
H e i ß e n b e r g, den 28. April 1849.  
G r o ß h. bad. Oberamt.  
R e f f.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

B.783. [33]. Nr. 13,170. Sickingen. (Aufforderung und Fahnung.) Lorenz Thoma von Billaringen, der zur Artilleriebrigade eingerufen war und dessen Perionsbefehl unten folgt, hat sich bis jetzt bei seinem Regimente nicht gestellt. Derselbe wird nun aufgefordert, innerhalb 6 Wochen sich entweder bei dem Kommando der Artilleriebrigade oder beim Bezirksamt dahier zu stellen, widrigenfalls er als Refraktär behandelt und in eine Geldstrafe von 800 fl. verurtheilt würde.  
Zugleich ersuchen wir die Behörden, auf ihn zu saphnen, und denselben im Betretungsfalle anher einzuliefern.  
S i g n a l e m e n t.

Augen, grau. Nase, feig. Mund, klein. Bart, schwarz. Kinn, rund. Zähne, gesund.  
Mößbach, den 18. April 1849.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
B r u m m e r.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

B.823. [32]. Nr. 4263. Pfen. Konstanz. (Urtheil.)  
In Anlagensachen des Staatsanwalts am großh. Hofgerichte des Seckreises, Anklägers, gegen  
M. W. Löwenfels aus Pfen, F. Neff von Kimmigen, und Thielmann im Elsaß, Angeklagte, wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung der deutschen Nationalversammlung,  
wird auf Ausbleiben der Angeklagten und auf öffentlich gepflogene Verhandlungen zu Recht erkannt:  
Die Angeklagten M. W. Löwenfels aus Pfen, F. Neff von Kimmigen, und Thielmann im Elsaß, Angeklagte, wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung der deutschen Nationalversammlung, werden für schuldig zu erklären, deshalb jeder derselben zu einer Arreststrafe von einem Jahre, zur Tragung von einem Drittel der Untersuchungskosten, jedoch unter sammtverbindlicher Haftung für das Ganze, so wie in seine Strafverfügungskosten zu verurtheilen; auch die Unterdrückung, beziehungsweise Vernichtung, der Druckschrift zu verordnen.  
V. R. W.  
Vorstehendes Urtheil wird, da die Angeklagten schuldig sind, gemäß §. 73 des Pressegesetzes hiemit öffentlich verkündet.  
So geschähen  
Konstanz, den 14. April 1849.  
Großh. bad. Hofgericht des Seckreises.  
K i e f f e r. M a y e r.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

B.859. Nr. 14,695. Freiburg. (Bekanntmachung.)  
Die Entweidung des Kupferschmid Peter Pfefferle von hier betrefft.  
Nach Ansicht des §. 84 der Pr. O., in Anbetracht, daß Kupferschmid Pfefferle schuldig und außer Stande ist, seine Schulden zu bezahlen, ergeht  
U r t h e i l.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

Da Peter Pfefferle von hier entwichen und sein Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird Dies öffentlich bekannt gemacht.  
So verfährt  
Freiburg, den 27. April 1849.  
Großh. bad. Stadtmamt.  
M e y e r.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

B.844. Nr. 13,311. Durlach. (Strafkenntnis.)  
Da sich Soldat Ludwig Wödfel von Langenheinbach auf die öffentliche Aufforderung in der festgesetzten Frist nicht gestellt hat, so wird derselbe der Desertion für schuldig erkannt und in eine Strafe von 1200 fl. verurtheilt.  
Dies wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht.  
Durlach, den 28. April 1849.  
Großh. bad. Oberamt.  
E i c h r o d t.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

B.864. [31]. Nr. 6265. Hornberg. (Strafkenntnis.)  
Nachdem der zur ordentlichen Konfektion pro 1849 gehörige Karl Ludwig Moser von Hornberg sich auf die unterm 30. November v. J., Nr. 19,060, erlassene öffentliche Vorladung nicht siphnt hat, so wird derselbe hierdurch der Refraktion für schuldig erklärt, sofort in eine Geldstrafe von 800 fl. verurtheilt, und die persönliche Bestrafung desselben auf den Betretungsfalle vorbehalten.  
Hornberg, den 28. April 1849.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
L i n d e m a n n.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

B.795. Nr. 13,004. Emmendingen. (Präklusivbescheid.)  
Die Gant der Verlassenschaft der verstorbenen Friedrich Rägele's Wittve in Denglingen betri,  
wird zu Recht erkannt:  
Es siphnen alle diejenigen, welche ihre Ansprüche gegen die Masse heute nicht geltend gemacht haben, von derselben auszuschließen.  
V. R. W.  
So verfährt Emmendingen, den 21. April 1849.  
Großh. bad. Oberamt.  
H i p p m a n n.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

B.822. Nr. 6457. Gerlachsheim. (Präklusivbescheid.)  
Die Gant des Hauptlehrers Valentin Eberhard zu Gieshildheim betri.  
Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche in der heutigen Tagsfahrt nicht angemeldet haben, werden von der Masse ausgeschlossen.  
V. R. W.  
Gerlachsheim, den 26. April 1849.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
G r o f f.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

B.855. Nr. 13,139. Bruchsal. (Präklusivbescheid.)  
In der Gantsache des k. Oesers Anton Reubel von hier, Forderung und Vorzug betri., werden hiermit auf Antrag der erscheinenden Gläubiger alle diejenigen, welche die Anmeldung ihrer Forderungen in der heutigen Liquidationstagsfahrt unterlassen haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.  
Bruchsal, den 16. April 1849.  
Großh. bad. Oberamt.  
v. B e r g.

**Versteigerung von Staatsgütern.**

B.817. [22]. Durlach. (Erledigte Rechtspraktikantenstelle betri.)  
Die Rechtspraktikantenstelle bei hiesigem Oberamt, welche mit einem Gehalte von 400 fl. verbunden ist, soll sogleich wieder besetzt werden. Die Bewerber um dieselbe wollen sich baldigst unter Vorlage ihrer Zeugnisse anher wenden.  
Durlach, den 30. April 1849.  
Großh. bad. Oberamt.  
E i c h r o d t.